

der Ansatz des Eckpunktepapiers "Neue Wege im öffentlichen Dienst" war richtig. Die dortigen Grundstrukturen sind in Ordnung und werden von der CDU mitgetragen. Die CDU-Fraktion geht davon aus, dass dieses Strukturreformgesetz in modifizierter Form in die parlamentarische Arbeit eingebracht wird.

(Bemerkung: durch die Einigung in der großen Koalition über die Föderalismusreform werden die Zuständigkeiten für das Dienst-, Besoldungs- und Versorgungsrecht den Ländern übertragen. Ob dann der vorliegende Entwurf des Strukturreformgesetzes je in eine parlamentarische Beratung kommt, wo und mit welchem Inhalt, steht in den Sternen.)

2. Föderalismuskommission in Bezug auf den öffentlichen Dienst

Der Hinweis des VdV, dass sich in der Bundesrepublik Deutschland ein einheitliches Dienstrecht für die Beamtinnen und Beamten bewährt hat und deshalb beibehalten werden sollte, hat sich durch die politische Entwicklung im Bund überholt und erledigt. Die "große Politik" ist den Warnungen und Forderungen des dbb und tarifunion nicht gefolgt, sondern wird die Zuständigkeiten auf 16 Länder und den Bund verteilen.

3. Arbeitsbefreiung für bürgerschaftliches ehrenamtliches Engagement

Bei der geplanten Arbeitszeit- und Urlaubsverordnung wurde von unserem Verband gefordert, den Beamtinnen und Beamten dasselbe Recht wie den Tarifbeschäftigten bezüglich des Sonderurlaubs zuzugestehen. Vorgesehen war, für uns Beamte in den Fällen des Sonderurlaubs aus verschiedenen Anlässen eine Nachrangigkeitsklausel einzuführen. Danach müsste ein/e Beamter/Beamtin in diesen Fällen zuerst seinen/ihren eigentlichen Urlaubsanspruch einsetzen.

Unsere Intervention hat u.a. dafür gesorgt, dass in der Zwischenzeit das Innenministerium mitgeteilt hat, dass auf diese Nachrangigkeitsklausel zunächst verzichtet wird.

4. Zukunftsperspektiven für Prüfungsabsolventen der FHS Kehl und Ludwigsburg

Die Lage der Absolventinnen und Absolventen der Fachhochschulen ist schlecht. Erst rd. 60 % von ihnen haben bis jetzt eine Stelle nach ihrer erfolgreichen Staatsprüfung erhalten, viele davon nur in einem befristeten Angestelltenverhältnis. Dies ist unbefriedigend. Deshalb wurde die CDU gebeten, an die der CDU angehörenden oder nahe stehenden Bürgermeister, Oberbürgermeister, Landräte, Gemeinde- und Kreisräte zu appellieren, junge Beamtinnen und Beamte einzustellen.

Hier hat der Fraktionsvorsitzende Stefan Mappus erklärt, dass die Regierung im nächsten Jahr im Ministerialbereich verstärkt junge Kolleginnen und Kollegen einstellen und damit von der seitherigen restriktiven Haltung abweichen werde. Ferner wurde von den Vertretern des VdV die Änderung der

seitherigen Praxis bei der **Rückforderung von Anwärterbezügen** gefordert. Die geänderte Stellensituation für die Absolventinnen und Absolventen erfordert dies dringend. Es ist ein Unding, wenn junge Kolleginnen und Kollegen, die gerne eine Beamtenstelle einnehmen würden, diese aber nicht erhalten und froh darüber sein müssen, eine Angestelltenstelle zu erhalten, dann noch Sorge haben, erhaltene Anwärterbezüge im fünfstelligen Eurobereich zurückzahlen zu müssen.

Es liegt in der Zwischenzeit die schriftliche Zusage der CDU-Landtagsfraktion vom November 2005 vor, dass diese Handhabung zeitgemäß weiter entwickelt werden soll.

Der VdV forderte eine weitere **Reform des Studiums** für den gehobenen Verwaltungsdienst, insbesondere die Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen. Außerdem wurde in diesem Zusammenhang gefordert, endlich die Suspendierung der Eingangsgruppe A 10 (§ 23 BBesG) nach A 9 durch das Haushaltsstrukturgesetz vom 18.12.1975 wieder zurückzunehmen.

5. Weitere Sparmaßnahmen bei Bund und Land

Eindringlich haben die Vertreter des VdV die CDU-Fraktionsspitze darauf hingewiesen, dass weitere **Sonderopfer** für Beamtinnen und Beamte nicht mehr hingenommen werden können.

Fraktionsvorsitzender Stefan Mappus erklärte dabei, dass die CDU-Fraktion in voller Übereinstimmung mit Ministerpräsident Günter Oettinger von den Beamtinnen und Beamten im Land keine weiteren Sonderopfer verlangen würde. Schon die seinerzeitig kurzfristige Abschaffung der Jubiläumsgabe sei ein großer Fehler gewesen. Diesen wolle man nicht wiederholen. Allerdings seien die künftigen Pensionszahlungen kaum mehr zu leisten und 71,75 % Höchstpension nicht zu halten. Derzeit seien jedoch keine weiteren Einschnitte geplant. Ein einseitiges "Einprägen" auf Beamte werde es nicht geben.

6. Reform der Krankenversicherung - Kopfpauschale - Beihilferegulierung

Der VdV forderte unmissverständlich, dass es bei der seitherigen Regelung des Beihilferechts verbleiben muss. Schließlich sei diese Regelung auch für die Arbeitgeber die wirtschaftlich günstigste.

Diese Einschätzung wurde auch von der CDU-Landtagsfraktion so gesehen.

7. Erhöhung der Wegstreckenentschädigung

Erneut und vehement forderte der VdV die Erhöhung des seit vielen Jahren geltenden Entschädigungssatzes von 30 Cent pro gefahrenem Kilometer für die für den Dienstverkehr zugelassenen privaten Fahrzeuge von Beamtinnen und Beamten. Dieser Satz ist vor allen Dingen auch vor dem Hintergrund der gestiegenen Energiekosten in keiner Weise mehr kostendeckend. Auch die geplante Mehrwertsteuerrhöhung führt dazu, dass diese Differenz immer größer wird.

Eine klare Aussage war hier seitens der CDU nicht erkennbar.

8. Künftiger Dialog nach Landtagswahl zwischen VdV und CDU-Landtagsfraktion

Der Verband der Verwaltungsbeamten in Baden-Württemberg legt großen Wert darauf, so der Verbandsvorsitzende Wolfgang Steng, dass insbesondere nach der Landtagswahl im Frühjahr nächsten Jahres ein intensiver Meinungsaustausch mit der CDU-Landtagsfraktion stattfindet, unter Einbeziehung der Abgeordneten, die auch Mitglied im VdV sind.

Der Fraktionsvorsitzende Stefan Mappus sagte dies zu.

Harald Gentsch

Länderzuständigkeit für Beamtenrecht

ddb-Chef Heesen kündigt harten Widerstand an

Erneut hat der dbb Bundesvorsitzende Peter Heesen die von Union und SPD im Rahmen einer Föderalismusreform geplante Verlagerung der Kompetenzen für das Beamtenrecht auf die Länder als eine "totale Fehlentwicklung" kritisiert und kündigte harten Widerstand an.

Es gebe überhaupt keinen Grund, von der bundeseinheitlichen Besoldung abzurücken. Der Beamtenbund sei reformbereit und wolle ebenfalls die Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern entwirren. Im Beamtenrecht seien aber schon bisher alle Gesetze fast immer im Einvernehmen mit den Ländern beschlossen worden. Sollte jetzt die Vereinbarung umgesetzt werden, sei die einvernehmlich mit dem Bund angestrebte grundlegende Reform des Beamtenrechts in Gefahr: "Das Reformkonzept wird im Kern ausgehöhlt." Die Folge wären 17 verschiedene Besoldungs- und Versorgungsrechte. "Das kann in Zeiten der Deregulierung kein Mensch begreifen", sagte Heesen.

Der dbb-Chef prophezeite, dass eine Länderzuständigkeit insbesondere für das Besoldungs- und Versorgungsrecht gravierende Folgen haben werde. Bei dem zu erwartenden Besoldungsdumping "wird der öffentliche Dienst vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung nicht mehr attraktiv für qualifizierte Leute. Wir schaffen die Katastrophe". Außerdem, so Heesen weiter, werde die Kompetenzverlagerung zu mehr Bürokratie führen.

Jedes Bundesland müsse den Personalsektor mit juristisch entsprechend qualifizierten Mitarbeitern aufrüsten. Für ein Flächenland bedeute das 60 bis 80 Stellen mehr. Der dbb-Bundesvorsitzende äußerte die Hoffnung, dass die FDP die Koalitionsvereinbarung noch korrigieren könnte. Da für eine Verfassungsänderung eine Zweidrittel-Mehrheit auch im Bundesrat nötig ist, kann die Reform des Föderalismus nur mit Zustimmung der Liberalen umgesetzt werden. Heesen erin-

Kreisverband Esslingen

Kreisjahreshauptversammlung am 4.11.2005 in Esslingen

Nach einer interessanten Führung durch die drei bedeutenden Kirchen rund um den Marktplatz, die Stadtkirche St. Dionys, die Frauenkirche und das Münster St. Paul, trafen sich die Kolleginnen und Kollegen zu ihrer diesjährigen Kreisjahreshauptversammlung. Der Vorsitzende Jürgen Detloff eröffnete die Sitzung und begrüßte die Anwesenden. Geehrt wurden Günther Grau für 40-jährige Mitgliedschaft und vier Kollegen für 50-jährige Mitgliedschaft: Hans Buß, Gert Herzhauser, Peter Marquart und Helmut Stabel. 13 Kolleginnen und Kollegen konnten zur Ehrung nicht persönlich anwesend sein, ihnen werden die Urkunden zugesandt.

Verbandsgeschäftsführer Harald Gentsch berichtete über berufspolitische Anliegen und die Verbandsarbeit. Ein qualifiziertes Berufsbeamtentum prägt und trägt unsere Gesellschaft. Dennoch bekennt sich keine Partei uneingeschränkt dazu. Es besteht eine große Bandbreite, sie reicht von Abschaffung (Die Grünen), über Beschränkung auf Kernbereiche, was immer das auch ist, (FDP und SPD) bis zur Anpassung an die heutige Zeit (CDU). Diese Aufgabe hat das Heesen-Schily-Papier sich vorgenommen, nach den Neuwahlen und der zu erwartenden großen Koalition wird dieses Papier nicht so kommen. Die beabsichtigte Übertragung des Beamtenrechts auf die 16 Bundesländer wird Veränderungen und viel Arbeit für die Länderinnenminister und die Beamtenvertretungen in den Ländern bringen. Ein "politischer Fehlgriff ersten Ranges", wie der dbb-Bundesvorsitzende Peter Heesen feststellt. Es konterkariert alle Bemühungen um Verwaltungsvereinfachung und Bürokratieabbau. Es ist ein "Sparwettlauf" zu erwarten. Ministerpräsident Oet-

tinger und Staatsminister Mappus haben zwar Sonderopfer für die Beamten abgelehnt, was aber Opfer nicht ausschließt. Dies gilt bis zu den Landtagswahlen 2006, da werden die Wählerstimmen der Beamten gebraucht. In unserer immer schnelllebigeren Zeit hat ein Politikerwort eine kurze Geltungsdauer. Nach einer Sparrunde ist immer vor der nächsten Sparrunde.

Die Geschäftsstelle des VdV setzt die Beschlüsse des Vorstands um. Viel Arbeit verursacht die Mitgliederverwaltung. Austritte werden nicht einfach hingenommen, 10 Austritte konnten so bereits rückgängig gemacht werden. Immer wichtiger wird die Rechtsberatung, die im Mitgliedsbeitrag enthalten ist und vom dbb qualifiziert geboten wird. Allein 126 Fälle sind beim VdV in den letzten zwei Jahren angefallen. Ein besonderes Ärgernis ist die amtsangemessene Alimentation für Beamte mit drei und mehr Kindern. Obwohl das Bundesverfassungsgericht die Unangemessenheit bereits mit Urteil vom 24.11.1998 festgestellt hat, werden die Betroffenen auf den Klageweg verwiesen; nur wer klagt erhält mehr; der Betrag wird in jedem Einzelfall vom Gericht festgesetzt. Beim VdV können die Betroffenen eine Info-Mappe anfordern.

Ärgerlich ist auch die Rückforderung der Ausbildungsvergütung, wenn nach Abschluss des Studiums keine Beamtenstelle angetreten wird. Vom letzten Jahrgang haben nur 60 % der Absolventen überhaupt eine Stelle und nur 20 % eine Beamtenstelle gefunden. Bei allen, die bei einem öffentlichen Arbeitgeber eine oftmals befristete Angestelltenstelle angetreten haben, konnte der VdV im Verwaltungsverfahren die Rückforderung abwenden.

Beamtenpensionen werden nur noch als Last gesehen (so Finanzminister Stratthaus). Sie sind aber in jahrzehntelangem Dienst von jedem einzelnen Beamten erarbeitet worden.

In den 70er Jahren wurden viele Beamte zusätzlich eingestellt, vor allem Lehrer (Bildungsnotstand). Dies hat nach 35-40 Jahren eine Zunahme der Pensionäre zur Folge. Dies war absehbar, jedoch wurden keinerlei Vorbereitungen getroffen; hier haben die Politiker versagt.

Die Gewährung von Einmalzahlungen in den Jahren 2005-2007 wurde an das Beamtenversorgungsnachhaltigkeitsgesetz, das eine weitere Kürzung der Pensionen zum Inhalt hat, angehängt. Im Bundesrat hat die Mehrheit der CDU-regierten Länder dieses Gesetz abgelehnt und damit auch die Besoldungserhöhungen. Wie die neue Bundesregierung dazu steht, bleibt abzuwarten. Die notwendigen Einsparungen lassen nichts Gutes erwarten.

Der Kreisvorsitzende Jürgen Detloff dankte dem Verbandsgeschäftsführer Harald Gentsch für seine informativen Ausführungen. Nach einer regen Diskussion endete die Versammlung mit einem gemütlichen Beisammensein.

Kreisverband Göppingen

Kreisversammlung am 11. November 2005 in der Helfensteinklinik in Geislingen

Jürgen Knoblauch, Verwaltungsdirektor der Helfensteinklinik, erläuterte den anwesenden Kolleginnen, was in einem Krankenhaus so tagtäglich zu tun ist. Ebenso erhielten wir Details aus der Historie, vom Spital über das Kreiskrankenhaus zur heutigen Helfensteinklinik mit den zahlreichen An- und Umbauten. Danach fand eine Führung in der Helfensteinklinik selbst statt. Nochmals ein herzliches Dankeschön an Herrn Knoblauch auch für die interessante Führung.

Im Anschluss daran fand die Mitgliederversammlung statt. Frau Binder-Bestle eröffnete die Sitzung und begrüßte Wolfgang Steng, Vorsitzender des VdV. Herr Steng gab nach seiner eigenen kurzen Vorstellung die Veränderungen in der Geschäftsstelle bekannt. Insbesondere wies er auf den verbesserten Online-Auftritt sowie die elektronische Erreichbarkeit der Geschäftsstelle hin. Mit den Finanzen des VdV sieht es derzeit schlecht aus. Deshalb ist ein äußerster Sparkurs einzuhalten. Eine Beitragserhöhung wird es in nächster Zeit nicht geben, da diese nicht durchsetzbar wäre. Des Weiteren erläuterte Herr Steng die Wichtigkeit der Kontakte zur Landesverwaltung und zu den Parteienvertretern. Aufgrund von Zuständigkeitsveränderungen im Beamtenrecht auf Bundesebene muss in nächster Zeit eine Umstrukturierung bei den Landesverbänden stattfinden, da diese zukünftig mehr Kompetenzen haben werden (Grundgesetzänderung läuft derzeit). MP hat zugesagt, dass es keine Sonderopfer für baden-württembergische Beamte in naher Zukunft geben wird. Wolfgang Steng erläuterte noch weitere Punkte zu den berufspolitischen Themen und beantwortete Fragen aus dem Publikum.



v.l.n.r. Verbandsgeschäftsführer Harald Gentsch, Gert Herzhauser, Peter Marquart, Günther Grau, Hans Buß, Helmut Stabel, Kreisvorsitzender Jürgen Detloff